

Von Mittagessen bis Ehrenbeamten

Bassumer Stadtrat entscheidet über eine Reihe unterschiedlicher Themen

Bassum – 18 Tagesordnungspunkte standen auf der Einladung für den öffentlichen Teil der Bassumer Ratssitzung am Donnerstagabend im Gasthaus Lüdeke in Nordwohldede. Doch trotz dieser hohen Anzahl dauerte die Zusammenkunft des Gremiums nur etwa 50 Minuten.

Einen Überschuss in Höhe von 4,3 Millionen Euro weist das Gesamtergebnis für das Bassumer Haushaltsjahr 2022 auf. Diese Summe soll der Überschussrücklage zugeführt werden. Die Mitglieder des Stadtrats sprachen sich einstimmig dafür aus, Bürgermeister Christian Porsch Entlastung zu erteilen.

Im September 2026 muss der Bassumer Stadtrat turnusgemäß neu gewählt werden. Laut Sitzungsvorlage besteht bis 18 Monate vor Ablauf der aktuellen Wahlperiode die Möglichkeit, die Anzahl der Ratsmitglieder für die nächste Wahlperiode um zwei, vier oder sechs zu reduzieren. Das Ergebnis der Sitzung am Donnerstag: Die 32 Mitglieder des derzeitigen Stadtrats beschlossen einstimmig, dass dem nachfolgenden Gremium nur noch 30 Mitglieder angehören sollen.

Außerdem stand die Betreuungssituation in den Kindertagesstätten auf der Tagesordnung. Diese ist laut der Beschlussvorlage „gut aufgestellt“. Geplant ist demnach, dass zukünftig insgesamt neun Stellen für ein Freiwilliges Soziales Jahr zur Verfügung gestellt werden sollen. Maximal zwei davon können in eine Bundesfreiwilligendienst-Stelle umgewandelt werden. Zudem will die Stadt jährlich fünf Ausbildungsstellen in den Kitas besetzen. Des Weiteren stand die Vertretungssituation im Fokus: „Der Vertretungspool wurde zum Kindergartenjahr 2023/2024 auf insgesamt 469,46 Wochenstunden aufgestockt. Die Verwaltung erhält die Möglichkeit, die vorhandenen Stunden aus dem Vertretungspool bei Bedarf und zur Aufrechterhaltung des Betriebes zu überschreiten“, heißt es in der Vorlage. Die Ratsmitglieder votierten einstimmig für diesen Beschluss.

Nicht ganz so einig waren sich die Ratsmitglieder bei der Anpassung der Gebühren für die Mittagsverpflegung in den städtischen Kitas und Grundschulen. Der Vorschlag aus dem Rathaus wurde zwar ange-



Theo Garrelts wurde Anfang des Jahres auf Vorschlag des Feuerwehr-Stadtkommandos rund um Stadtbrandmeister Claas Meyer (r.) vom Ersten Stadtrat Karsten Bödeker (l.) zum Ehrenstadtbrandmeister ernannt. Der Bassumer Rat hat nun aus formellen Gründen eine Beschlussfassung für solche bisher verliehenen Ehrenbezeichnungen nachgeholt.

FEUERWEHR

nommen, es gab jedoch zwei Gegenstimmen. Die Gebühren sollen nach dem Willen der Verwaltung steigen. Um die Kosten besser decken zu können, schlägt sie vor, die Gebühren für die Kita-Verpflegung von 2,70 Euro auf 3,90 anzuheben. Noch größer soll der Sprung für die Schulen und Horte werden: Dort soll ein Essen im kommenden Jahr 4,80 Euro statt 2,90 Euro kosten. Die Satzung soll Anfang August in Kraft treten.

Regelmäßig werden seit 2017 verdiente Funktionsträger der Bassumer Feuerwehren

zum Ehrenbrandmeister, Ehrenortsbrandmeister oder Ehrenstadtbrandmeister ernannt. Es handelt sich laut Beschlussvorlage um Ehrenbezeichnungen, mit denen keine Aufgaben und Pflichten verbunden sind. Der Bürgermeister verleiht die Urkunden auf Vorschlag des Stadtkommandos im Rahmen von dessen Sitzungen. Das bisherige Verfahren sei von allen Seiten gelebt und akzeptiert worden. Auf Antrag des Bürgerblocks sollte nun aus formellen Gründen eine Beschlussfassung des Rats der Stadt für die bisheri-

gen Ernennungen nachgeholt werden. Die Ratsmitglieder bestätigten diese einstimmig. „Der Rat vollzieht damit den Vorschlag der Feuerwehren. Das war über Jahre leider nicht erfolgt und wurde nun nachgeholt“, so der Erste Stadtrat Karsten Bödeker.

Schließlich stand die Fortschreibung des Lärmaktionsplans zur Abstimmung. Den Zahlen eines Planungsbüros zufolge sind mittlerweile mehrere Hundert Menschen an der B51 von Lärm betroffen. Als konkrete Maßnahmen schlägt der Aktionsplan eine Reduzierung der Geschwindigkeit in Teilabschnitten auf Tempo 70 sowie Geschwindigkeitsüberwachung und lärmindernder Fahrbahnbelag vor. Zuletzt konnte sich die Öffentlichkeit an dem Verfahren beteiligen. „In der Auslegungsphase sind weder Anregungen noch Bedenken vorgebracht worden“, heißt dazu es in der Beschlussvorlage. Auch von den Trägern öffentlicher Belange habe es keine Anregungen oder Bedenken gegeben. Der Rat der Stadt Bassum hat die Fortschreibung des Aktionsplans nun einstimmig beschlossen.

HANNES GAUMANN